

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Zeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Der Sinn der Lohnbewegung

Im gleichen Volke leben Menschen nebeneinander, deren Eigentumszone und Einkommensunterschiede so groß sind, daß sich der eine kaum vorzuentstellen vermag, wie der andere arbeitet, Frau und Kinder ernährt und sich das Leben gestaltet, damit es ihm sinnvoll und lebenswert erscheint.

Der ungelernete Arbeiter, der nicht durch eigene Schuld, sondern im großen ganzen als notwendige Funktion jeder großtechnischen Industriewirtschaft nur ein „Ungelerner“ geblieben ist, erhält nach der amtlichen Lohnstatistik heute in Deutschland einen durchschnittlichen Wochenlohn von 37,43 M. (Januar 1928). Er hat schon Glück, wenn er diese Summe während 50 Wochen im Jahre regelmäßig erhält und damit ein Monatseinkommen von etwa 156 M. verdient. Wer hat Phantasie genug, um sich auszumalen, wie dürftig eine Familie mit diesem Einkommen — dahinzukümmern gezwungen ist.

Wir haben eine Indexziffer des Statistischen Reichsamts, die anzeigen soll, um wieviel die Kosten der Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Der amtliche Sinn dieser Ziffer ist also nur, die Bewegung der Preise anzuzeigen, die für die Lebenshaltung wichtig sind.

Das Reichsamt hat für diesen Zweck die hauptsächlichsten Waren und Gegenstände mengenmäßig zusammengestellt, die für eine ganz einfache Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie mit drei Kindern zum Leben notwendig sind. Es betont immer wieder, und jedermann weiß es auch, daß dieses Budget nicht vollständig ist, und daß darin manche Dinge fehlen, die auch im einfachen Haushalt nicht entbehrt werden können. Auch Steuern und soziale Abzüge sind nicht darin enthalten. Die Gewerkschaften haben zugegeben, daß diese Vollständigkeit nicht notwendig ist, solange es nur darauf ankommt, die Bewegung der für die Kosten der Lebenshaltung ausschlaggebenden Preise zu verfolgen, und solange man annehmen darf, daß die herausgelassenen Waren nur etwa im gleichen Maße gestiegen sind, wie die, die darin vorkommen. Ob diese letzte Voraussetzung allerdings heute noch gegeben ist, wollen wir hier nicht untersuchen. Wir wollen jetzt keine Kritik üben an dieser Indexziffer und dem ihr zugrunde liegenden unvollständigen Budget; wir wollen es aber zum Zeugen anrufen, zum Beweis dafür, daß für 156 Mark im Monat, dem Lohne von Millionen deutscher Familienväter, eine lebenswürdige Existenz nicht möglich ist. Warum?

Im Januar 1928 kosteten allein schon die Waren und Gegenstände, die dieses bescheidene und vom Reichsamt selbst als unvollständig bezeichnete Budget ausmachen, 196,30 Reichsmark.

Diese Summe wird vom Statistischen Reichsamt niemals in Reichsmark veröffentlicht; man hat aus den absoluten Ziffern des Budgets, „um Mißbräuche zu verhüten“, stets ein Geheimnis gemacht. Trotzdem ist uns diese Ziffer nicht durch Induktion bekannt geworden, sondern wir haben sie aus Angaben errechnet, die das Reichsamt in anderem Zusammenhang einmal gemacht hat.

Schlagen wir zu diesen monatlichen Lebenskosten einer Familie, die so rationell und dürftig lebt, wie es im amtlichen Indexbudget vorgesehen ist, nur noch ein Minimum von 10 Prozent für Steuer und soziale Versicherung, eine Ausgabe, der sich bekanntlich niemand widersetzen kann, da der Abzug gesetzlich ist, so erhöhen sich die Kosten dieses Minimalbedarfs auf monatlich rund 216 M. Demgegenüber steht der wirkliche Lohn des 50 Wochen pro Jahr voll arbeitenden ungelerneten Arbeiters (einschl. Sozialzulage und Altersausgleich) von nur 156 M. und der Lohn des etwas glücklicheren gelernten Arbeiters (dessen Lohn allerdings durch Saisonchwankungen, wie z. B. im Baugewerbe, vermindert wird) von rund 208 M. Hier haben wir den Beweis für die Tatsache, daß bei den heutigen Löhnen in Deutschland

ziemlich alle Arbeiterfamilien, die drei oder gar noch mehr Kinder haben, eine Lebenshaltung führen müssen, die zum Teil sehr weit unter dem liegt, was in dem unvollständigen und dürftigen Budget vorgesehen ist, auf dessen Grundlage die Reichsindexziffer berechnet wird.

Wer wissen will, was das bedeutet, und welchem Elend die Familien der Ungelernten preisgegeben sind, die nicht einmal den Durchschnitt von 156 M. monatlich verdienen, und das sind in unseren Großbetrieben noch sehr viele, der werfe einmal einen Blick in das auf das Notwendigste abgezielte Budget dieser Indexziffer, dessen Beschaffung das für die meisten unerreichbare Einkommen von monatlich 216 M. voraussetzt<sup>1)</sup>, wobei auf Ernährung 108,30 Reichsmark, Wohnung 33,25 M., Heizung und Beleuchtung 10,60 M., Bekleidung 21,80 M., Sonstiges 22,40 M., Steuer und Versicherung rund 19,60 M. entfallen, und versuche von diesem Budget für 10 bis 60 M. und mehr Abstriche zu machen. Wenn diese Arbeit auf dem Papier gelingen sollte, dem brauchen wir nur noch ganz wenig Phantasie zu wünschen, damit er erkennt, aus welchem verzweifelten Kampf mit Entbehrung und Not heraus die deutsche Arbeitnehmerschaft dem Willen zu einem menschenwürdigen Leben in den Lohnbewegungen dieses Frühjahrs Ausdruck gibt.

Aus diesen Tatsachen wird jeder, der sein deutsches Volk liebt und nicht wünscht, daß es an Kinderlosigkeit in seinen Großstädten der Industrie zugrunde geht, verstehen und billigen, daß das Verlangen nach einem höheren Lohne, von dem die künftigen Lohnbewegungen getragen sind, kein Gemache von Gewerkschaftsführern ist, sondern einer Notwendigkeit Ausdruck gibt von dem Range und der Würde einer sozialethischen Forderung stärksten Grades. Jeder, der in diesen Wochen lohnpolitisch spricht, schreibt oder verantwortlich handelt, sollte sich der Gewalt und der Schwere, des Ranges und der Würde der Lebensprobleme von Familie und Volk, um die es sich hier handelt, bewußt sein. Die Lohnbewegungen dieser Wochen sind keine Sensation der Zeitung, auch keine Mittel der Wahlstrategie oder eine Form des Klassenkampfes, sie sind der Versuch des größten Teiles unseres Volkes, die Kräfte und Energien in Bewegung zu bringen, die die objektive Welt der Wirtschaft so gestalten und meistern müssen, daß wir in dem harten Kampf um einen kulturwürdigen Existenzraum unseres Volkes wiederum ein Stück vorwärtkommen.

Daß dabei die Lohnbewegung auf den Unternehmer stößt und oft nicht nur seine Interessen gefährdet, sondern auch ihm persönlich Mühe und hohe Anstrengungen verursacht, die mit der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse verbunden sind, ist unvermeidlich. Wir müssen da wiederholen, was Schumpeter von den Wirtschaftskrisen gesagt hat (Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung): „Ja, selbst die Leiden, die sie zeugen, haben ihre Funktion in der schnelleren Beseitigung des Veralteten, im Antrieb zum Handeln. Aber die das Drama selbst spielen und auch die ihnen nahestehenden Beobachter denken anders darüber.“ Hieraus erklärt sich ein gut Teil des Gegensatzes, in dem die Arbeiterschaft bei Lohnbewegungen zum Unternehmertum um ihrer selbst und des Volkes Heil willen stehen muß. Welche Beisjagung gab doch Lagardelle der wachsenden Wirtschaftskrisen des Kapitalismus mit auf den Weg? „Glücklich der Kapitalismus, der ein Proletariat vorfindet, das kämpft und Forderungen erhebt.“

Edmund Kleinschmitt im „Deutschen“.

<sup>1)</sup> Siehe Wirtschaft und Statistik Nr. 5, Jahrgang 1925, Seite 159 ff.

### Die Unternehmer zur Lohnpolitik

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat dem Reichskabinett eine Denkschrift zur Frühjahrslohnbewegung überreicht. 27 Tarifverträge für rund 3,2 Millionen Arbeiter laufen von Februar bis April ab oder können gekündigt werden. Die Denkschrift weist darauf hin, daß auf Grund der amtlichen Tariflohnstatistik die Tariflöhne in der Zeit nach der Inflation um rund 70 Prozent gestiegen sind. Um diese Steigerung tragen zu können, mußte die deutsche Wirtschaft durch stürmisches Tempo der Rationalisierung mit allen Mitteln auf eine Senkung der Selbstkosten hinarbeiten. Die Arbeitnehmer sind der Meinung, daß diese Auffassung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Stütze für ihre Behauptung ist, daß die deutsche Wirtschaft durch Anwendung sämtlicher Methoden rationaler Betriebspolitik fähig ist, einen höheren Lohn zu tragen. Die Gewerkschaften sind weiterhin der Meinung, daß auch heute noch die Rationalisierung gefördert werden kann, insbesondere, wenn die Rationalisierungshemmungen, welche die Kartelle ausüben, fortfallen.

Der Kernpunkt der Denkschrift liegt in der Darstellung, daß der Wirtschaft ein Gewinn übrig bleiben muß, der die „eigene Kapitalbildung in beschleunigtem Tempo“ sichert. Damit macht sich die Vereinigung die Behauptung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu eigen, nach welcher „ein öffentlicher Kaufkraftenzug für vorwiegend konsumtive Bedürfnisse in der bestehenden Höhe auf die Dauer einen genügenden Ausbau unserer Wirtschaftsgrundlage aus der eigenen Kapitalkraft der Unternehmen verhindert.“

Mit der Uebernahme dieses Gedankenganges zeigt die Vereinigung, daß auch sie von dem Gedanken beherrscht wird, die Kapitalbildung innerhalb des Betriebes sei eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Dieser Gedankengang ist jedoch nicht nur unmoralisch, sondern auch unwirtschaftlich, denn das Kapital für den Ausbau der Unternehmung wird ein Unternehmen stets aus dem Geld- und Kapitalmarkt schöpfen müssen. Die Theaurierungspolitik, wie sie nach den bisher veröffentlichten Bilanzen von der deutschen Wirtschaft im letzten Jahre gepflegt worden ist und die heute schon auf recht erheblichen Widerstand bei den Aktionären der einzelnen Werke stößt, ist entgegen der Auffassung einzelner Kreise der Wirtschaft nicht der richtige Weg zur deutschen Kapitalbildung. Dieser Weg geht über die Dividende, die Löhne und die Sparkraft des deutschen Volkes. Die Denkschrift vermeidet es, gerade diese Ziffern zu nennen. Nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung betrug die deutsche Kapitalbildung im Jahre 1927 insgesamt 12 Milliarden Reichsmark. Davon waren 4,1 Milliarden Reichsmark Auslandskredite, so daß eine innere Kapitalbildung von 7,9 Milliarden Reichsmark verbleibt.

Die Arbeitnehmer werden sich nicht den Satz zu eigen machen, daß „es völlig ausgeschlossen ist, daß für die Zukunft mit einer weiteren Senkung der Selbstkosten in auch nur annähernd gleichem Tempo zu rechnen ist“. Vielmehr beweist gerade die Denkschrift die Richtigkeit des bisherigen Vorgehens der Gewerkschaften, das von der Industrie immer als falsch hingestellt worden ist.

### „Abseits“

„Endlich“, so wird mancher Sportsfreund sagen, „bringt auch unser Verbandsorgan einmal et was, was uns interessiert.“ — „Ist es schon so weit, daß auch in der Gewerkschaftszeitung der Sport sich breit macht,“ so werden die Gegner des Sportes fragen, während eine dritte Gruppe, diejenigen, welche vollständig desinteressiert an sportlichen Dingen sind, verständnislos die Ueberschrift betrachten wird.

Den letzteren möchte ich zunächst Aufklärung geben. „Abseits“ ist der Ruf des Schiedsrichters auf dem Fußballplatz, welcher ertönt, wenn sich einer der Stürmer in der Hitze des Kampfes zu weit vorgewagt

hat. Er hat durch seinen Kampfesifer seine Mannschafft geschädigt.

Auch bei vielen jungen Männern, besonders jungen Arbeitern, ist dieser Warnungsruuf angebracht. Es ist nicht leicht, heute kritisch Stellung zu nehmen zu der sportlichen Entwicklung in Deutschland, aber es scheint im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse der Gewerkschaftsbewegung notwendig zu sein, doch einmal ein ernstes Wort zu sagen.

Von allen Seiten wird versucht, durch den Sport an die Jugend, ganz besonders an die Arbeiterjugend, heranzukommen. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, welche anscheinend der Meinung sind, daß nur durch den Sport die Wiedergeburt Deutschlands kommen könne. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß auch durch den Sport beigetragen werden kann zu dem Wiederaufbau Deutschlands. Es darf aber keinesfalls die Sportbewegung der Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Interesses werden.

Wer heute die Montagsausgabe einer Tageszeitung zur Hand nimmt, wird feststellen können, daß fast die Hälfte der Spalten ausgefüllt sind mit Sportberichten. Es ist einige Zeit her, da gelang es einem deutschen Schwimmer in Amerika, seinen Gegner um Brustbreite zu schlagen. Zweifellos für uns Deutsche ein freudiges Ereignis. Fast zur selben Zeit mußten in einem Bergwerk im Ruhrgebiet einige Tausend Bergarbeiter im Dienste des Volkes ihr Leben lassen.

Es hat eine große Zahl von Zeitungen in Deutschland gegeben, welche über das erste Ereignis tagelang ganze Spalten füllten, während sie über die Bergwerkstatastrophe nur einige kurze Notizen brachten.

Es wäre ein Leichtes, diesem Beispiel noch weitere folgen zu lassen.

Wie stehen wir als Gewerkschafter dieser Entwicklung gegenüber? Es ist selbstverständlich, daß auch die Arbeiterschaft, besonders der jüngere Teil derselben, sich an Leibesübungen beteiligen muß.

Man kann aber die Erfahrung machen, daß viele der sporttreibenden Arbeiter sich ihren Ständesfragen gegenüber vollständig teilnahmslos zeigen. Die Unterhaltung auf den Arbeitsstellen, ihre Lektüre ujm. dreht sich nur um den Sport. Auch bei anderen Fragen legen sie eine geradezu staunenswerte Unwissenheit an den Tag. Ich hatte Gelegenheit, eine Reihe junger Arbeiter zu fragen, in welchem Regierungsbezirk sie geboren seien. Nur wenige konnten mir eine richtige Antwort geben. Alle wußten aber den Namen des schnellsten Läufers der Welt anzugeben. Nicht nur die jungen sporttreibenden Kollegen sind fast nie zur Mitarbeit in der Organisation zu bekommen, sondern auch ältere Kollegen sind von diesem Sportfieber erfaßt.

Ein Kollege war Vorsitzender einer Ortsgruppe. Eines Tages legte er seinen Posten nieder mit der Begründung, keine Zeit zu haben. Später wurde festgestellt, daß er zweiter Vorsitzender eines Fußballclubs und als solcher verpflichtet war, an den meisten Sonntagen eine Mannschaft zum Kampfe zu führen. Daß da keine Zeit mehr bleibt für Gewerkschaftsarbeit, dürfte wohl leicht verständlich sein.

Gewiß ist das nur ein Einzelfall, den man nicht ohne weiteres verallgemeinern darf. Aber es ist be-

zeichnend, daß etwas Derartiges überhaupt vorkommen kann.

Von sehr großem Nachteil für die sporttreibende Arbeiterjugend ist aber auch die Tatsache, daß fast keine Zeit mehr bleibt für die berufliche Weiterbildung. Scheinbar sind sich diese jungen Kollegen nicht klar darüber, daß sie mit 25 Jahren meist für den Sport erledigt sind und die besten Gelegenheiten, tüchtige Handwerker zu werden, haben verstreichen lassen.

Es soll durchaus keinem verwehrt werden, seinen Körper durch Leibesübungen zu stärken. Der Kampf um die ersten Plätze und die meisten Punkte, wie wir ihn heute sehen, hat aber mit Leibesübungen nicht mehr viel zu tun.

Unter keinen Umständen dürfen aber die wichtigen Ständesfragen zugunsten des Sports zurücktreten.

Wenn zu wählen ist zwischen dem Besuch einer Gewerkschaftsversammlung oder der Teilnahme an einem Fußballkampfe zwischen der Annahme eines Vorstandspostens in der Gewerkschaft oder im Sportverein, dann kann diese Wahl für einen standesbewußten Arbeiter nicht schwer sein. „Erst die Arbeit, dann das Spiel.“ Dieses Sprichwort soll auch maßgebend sein für unsere Stellung zum Sport. Als Spiel, welches der körperlichen Erleichterung dient, soll die sportliche Betätigung betrachtet werden.

Arbeit an uns selbst, an unserem Stand und am gesamten Volke, das ist der Sinn der Gewerkschaftstätigkeit.

### Allgemeine Rundschau

#### Jacob Mehr †

Am 27. Februar schloß in Duisburg der Zentraljugendleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Jakob Mehr, seine Augen zur ewigen Ruhe. Mitten aus einem arbeits- und erfolgreichen Leben wurde er, erst 46 Jahre alt, nach schwerer Krankheit abgerufen. Sein Verlust ist nicht nur für den christlichen Metallarbeiterverband, sondern auch für die gesamte Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften fast unerlässlich. Er hat die Jugendarbeit anregend beeinflusst, mit Rat und Tat gefördert und sich so bleibende Verdienste um die Gesamtbewegung erworben. Mit seiner seltenen und besonderen Begabung hat er neue Wege experimentellen Jugendunterrichtes gewiesen, die weitgehendst auch von Fortbildungsschulen und Universitäten übernommen wurden. Seine reiflichen Charaktereigenschaften, seine Aufrichtigkeit und Hilfsbereitschaft, seine ideale Hingabe an den Beruf und seine uneigennütige Liebe zur werktätigen Jugend haben ihm in den Herzen aller, die ihm nahestanden, ein bleibendes Denkmal gesetzt. Der gesamten christlichen Gewerkschaftsjugend wird er unvergesslich bleiben. Möge ihm der Herrgott ein reiches Vergeltes sein!

#### Die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften

ist nicht gleichbedeutend mit politischer Teilnahmslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder. Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus muß erwartet wer-

den, daß jedes Gewerkschaftsmitglied es ernst nimmt mit seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. Da der Weg zur Staatspolitik vornehmlich über die politischen Parteien führt, erwächst aus solcher Haltung auch die Pflicht der parteipolitischen Betätigung für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Wahl der Partei ist seine eigene Sache. Als eine Selbstverständlichkeit aber darf es gelten, daß der christliche Gewerkschafter, wo er auch immer steht, seiner sozialen Mission gerecht wird. Das gilt nicht nur hinsichtlich der programmatischen Haltung seiner Partei, sondern auch in bezug auf die Mitbestimmung über jene Personen, die als Mandatsträger die Politik der Parteien in der Praxis bestimmen. Steht es im Zuge der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, daß die einzelnen Parteien bei der Benennung der Kandidaten Angehörige des Arbeiterstandes gebührend berücksichtigen, so muß fast mehr noch das Streben der Arbeiter in den Parteien dahin gehen, daß nur solche Angehörige anderer Stände auf den Schild erhoben werden, die für die Nothe und Sorgen des Arbeiterstandes mindestens das gleiche Gefühl aufbringen wie der christliche Gewerkschafter für die Beurteilung der Lage anderer Schichten. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen einer Gesamtpolitik im sozialen Geiste.

#### Der deutsche Sozialetat

Das Reichsarbeitsministerium hat bei Beratung des Haushaltes für das Jahr 1928 dem fünften Ausschusse des Reichstages einen Bericht über seine Tätigkeit im Rechnungsjahr 1927 vorgelegt, der folgende allgemein beachtenswerte Ausführungen über den Sozialetat enthält: Während die deutsche Sozialversicherung nach Weltgeltung strebt, wird im Innern ihr Ansehen durch das Schlagwort von der „Sozialen Last“ gefährdet. Das Schlagwort zeigt nur die Schattenseite der Sozialversicherung, nämlich den Beitrag, und überläßt die Lichtseite, nämlich die Leistungen für die Kranken und Verletzten, die Berufs- und Erwerbsunfähigen, die Mütter und die Hinterbliebenen. Das Wort macht aus einem kostbaren Aktium ein lästiges Passivum, und bietet so eine bequeme Formel für die Gegner der Versicherungsrichtung. Die besondere Gefahr liegt darin, daß das Schlagwort bereits internationale Kreise zieht.

Der Behauptung, die Sozialversicherung koste die deutsche Wirtschaft jährlich 5 Milliarden Rm. und mehr, steht das Ergebnis der amtlichen Zählung entgegen. Die Reichsversicherung hat im Jahre 1927 an Beiträgen und Umlagen 3,2 Milliarden Rm. aufgebracht; 1913: 1,3 Milliarden Rm.; 1924: 1,9 Milliarden Rm.; 1925: 2,5 und 1926: 2,9 Milliarden Rm. Dazu kommt der Reichszuschuß von 302 Millionen Rm. für die Familienwohnhilfe und die Invalidenversicherung. Aus dem starken Unterschiede zwischen 1913 und 1927 allein kann kein Schluß auf ein Uebermaß in der heutigen Versicherung hergeleitet werden. Dazwischen liegen nicht bloß 14 Kalenderjahre, sondern zugleich der Weltkrieg und der Währungsverfall mit seiner für die Volkskraft und das Volksvermögen vernichtenden Wirkung.

### Loisbewegung

#### Eigenartige Einstellung eines Arbeitgebers

Botzrah. Auf der Baustelle der Firma Kruse-Bottrop auf der Zentralkoerereianlage Bottrop-Deichheim lagen die Organisationsverhältnisse

#### Frühlingswärts

Woll nicht die Insel folgen?  
Es geht doch frühlingswärts.  
Ach goldene Sonnentagen  
Schnit sich mein junges Herz.

In Köthen sit' ich zu lauschen,  
Ob nicht der Januar geht,  
Mit jubelndem Siegerausruhen  
Des Winters Leid verweht.

Die Insel will nicht singen —  
Doch warum sagst du, Herz?  
Das Recht und Rot wir bringen  
Doch chmal frühlingswärts.

Theo Kossel.

### Sozialpolitische Reiseindrücke aus China.

Wenn auch die Gefahr der Bolschewisierung Chinas häufig übertrieben wird, so darf man doch nicht erweisen, daß die soziale Gestaltung des kommenden chinesischen Sozialismus ganz die gleichen Wege gehen wird, wie einst der europäische Kapitalismus der Frühzeit. Zwar auf den ersten Blick scheinen Ähnlichkeiten zu bestehen. In den Spinnereien um Schanghai herrscht Arbeitseinstellung bei Tag und Nacht, die Arbeitslöhne sind niedrig (30-50 Pf. für den Tag), und der Arbeitstag ist lang: 11, 12 bis zu 14 Stunden; dazu bis zu 300 Arbeitstage jährlich. Zum Winterhieb gegenüber dem englischen Sozialismus sind bedeuten diese Arbeitsbedingungen aber angesichts der ungläubigen Armut der nichtindustriellen Bevölkerungsjahrlöhne kann eine Verschlechterung und keine proletarische Revolution.

Noch wichtiger ist jedoch der große Unterschied in der kollektiv-psychologischen Stimmung. Damals in Europa fiel der Sozialismus beinahe mit der

Reisezeit des philosophischen und praktischen Individualismus zusammen. Hier in China beginnt die Industrieentwicklung nicht als Ergebnis oder unter dem Einfluß einer ähnlichen Geisteshaltung, sondern als eine vielfach aus nationalen Antrieben entstehende Nachahmung einer auf fremdem Boden gewachsenen wirtschaftlichen Lebensform. Daneben bestehen die starken Bindungen der Tradition, die vom Konfuzianismus geformte Ethik der Lebensführung, weiter. So ist denn ein ganz eigenartiges Gebilde im Entstehen begriffen, nämlich Anfänge großtechnischer Produktionskreise — d. h. von Industrie — ohne freizügig kapitalistischen Geist. In seinem letzten Jahresbericht vom Juni 1926 beurteilt der offizielle englische Handelssekretär in Schanghai mit wenig Ausnahmen die chinesischen Fabrikkonstruktionen als „inefficient“, unökonomisch und von nachlässiger Disziplin. Ich habe im vergangenen Jahr etwa ein Duzend chinesische Fabrikbetriebe persönlich besichtigt und muß leider nach meinen Eindrücken das obige Urteil im allgemeinen bestätigen. In einem Fabrikkal 3. B., in dem viele tausend Baumwollspinneln laufen, hatten die Arbeiterinnen gerade ihre Wäsche gewaschen und sie den ganzen Saal entlang zu beiden Seiten der Maschinen an Schnüren aufgehängt. Anderswo sah ich eine Arbeiterin, die auf zwei laufende Webstühle achten sollte, schlafend auf ihrem Stuhlchen sitzen, während die Maschinen unbeachtet weiterliefen. Der Betriebsingenieur — übrigens mehr vom Typus eines literarischen Gelehrten als eines energischen Fabrikleiters — ließ sie ruhig weiterlaufen. Solche Uebermüdigungserscheinungen infolge zu langer Arbeitszeit waren übrigens besonders häufig an Kindern zu beobachten.

In dieser durch den Konfuzianismus und eine jahrhundertlange Schulung im Ausweichen von Schwierigkeiten des menschlichen Zusammenarbeitens auf verhältnismäßig engem Raum geschaffenen sozial-strenghen Atmosphäre ist der soziale Herrschaftsanspruch des Unternehmers aber nicht nur von oben her fast unmöglich (weil es keine solchen Menschen gibt), ihm würden auch von der Arbeiterschaft bald Schwierigkeiten entgegengestellt werden. Die wirtschaftliche

Diktatur vermag nicht einmal der Hauptmann einer der zahlreichen organisierten Räuberbanden auszuüben; auch seine Macht ist nach altchinesischen Banditentraditionen eng umgrenzt.

Schon lange vor einer bewußten Förderung und Propagierung gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen in den letzten Jahren war das ganze chinesische Wirtschaftsleben von Zünften und Gilden überzogen. Auch die Arbeitnehmer bildeten Sondergruppen in den Gilden oder hatten, — wie Bankangestellte, Buchhalter, die Kommiss der Reisverkäufer — eigene Berufsorganisationen. Aber auch da, wo neue Wirtschaftsgebilde neue Arbeitnehmergruppen schufen, die noch keinen traditionsmäßigen Zusammenschluß fanden, entstanden oft ganz spontan Unruhen und Streikbewegungen, die sich durch große Solidarität und Disziplin auszeichneten. Gegen einzelne Außenseiter wird oft terroristisch bis zur Lebensbedrohung vorgegangen.

Bei einer so gut vorbereiteten Volksstimmung braucht es nicht sehr viel Propaganda, um fast in allen Industrien und Gewerben Gewerkschaften entstehen zu lassen. Nicht nur die Bettler haben ihre Gilden; in Hanfau haben sich jüngst sogar die Mönche und Priester der buddhistischen Klöster auf einem Straßenumzug als gewerkschaftlich organisiert vorgestellt und eine gemeinsame Erhöhung der Gebühren für Gebete angefordert. Die innere Durchorganisation der Verbände ist natürlich noch sehr primitiv vor allem ganz ungleichmäßig, da ja uralte und ganz junge Verbände die gewerkschaftliche Bewegung bilden. Es ist auch schwer, Bestimmtes darüber zu erfahren. Die Chinesen tun in diesen Dingen gern geheimnisvoll. Ist es doch der Forderung bisher noch nicht gelungen, auch nur einer einzigen vollständigen geschriebenen Verfassung einer der mächtigen Kaufmannsgilden der großen Städte habhaft zu werden.

Die Finanzierung der Gewerkschaften geschieht noch häufig in sehr gefährlichen Formen, und zwar verheißt, daß vom Unternehmer die Bezahlung eines bestimmten monatlichen Betrages an den Verband verlangt wird. Dies findet man besonders bei den jungen, von einem Tag auf den anderen entstandenen Betriebsgewerkschaften. Niedrige Löhne und Infla-

direkt trostlos. Trotz vielfacher Bemühungen einiger Kollegen, dem Organisationsgedanken Eingang zu verschaffen, war dieses nicht möglich, da der Unternehmer alle Versuche in keine erstidete Entlassungen waren an der Tagesordnung. Kollegen, die ihren Urlaub verlangten, erhielten umgehend die Entlassung.

Ende Februar erschien in der Mittagspause unser Verbandsangestellter, Kollege Einig (Gladbeck), auf der Baustelle. Er hielt eine aufklärende Ansprache und forderte die Kollegen auf, sich geschlossen einer Bauarbeiterorganisation anzuschließen. Nach eingehender Aussprache konnten dann zwei Baudelegierte gewählt werden.

Um nun einer Entlassung der gewählten Vertrauensleute vorzubeugen, teilte die Verbandsleitung dem Unternehmer die Namen der beiden Kollegen durch die Post mit. Kruse war nicht wenig überrascht, und antwortete unserer Verbandsleitung, daß doch eigentlich der Maurer Barges noch Delegierter sei. Gegen einen zweiten Baudelegierten habe er nichts einzuwenden. Nur möchte er bitten, daß ihm der Zeitpunkt der Wahl dieses Delegierten mitgeteilt würde. Zudem könne er verlangen, daß, wenn jemand auf seiner Baustelle hinsichtlich der Baudelegierten etwas unternähme, er vorher davon unterrichtet würde. Die Verbandsleitung antwortete, daß der Maurer Barges als Delegierter nicht in Frage komme, da er unorganisiert sei. Die Wahl der beiden Delegierten sei ordnungsgemäß erfolgt.

Einige Tage darauf war Kollege Einig in der Mittagsstunde wieder auf der Baustelle des Unternehmers Kruse. Kruse selbst war wieder zur Stelle und wollte absolut den Unorganisierten Barges — der als Stofsgeselle fungiert — als „Delegierten“ für die Unorganisierten haben. Es wurde ihm bedeutet, daß dieses gegen die Bestimmungen des Reichstarifvertrages und der Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien verstoße. Kruse versuchte noch immer durch die Bemerkung, er sei auch nicht organisiert, seinen Leuten den Beitritt zur Organisation zu erschweren. Auf seine Frage, wieviel Leute denn eigentlich organisiert seien, befandeten auf Erfragen des Kollegen Einig fast vier Fünftel der etwa 80 bis 100 in der Baubude anwesenden Bauarbeiter ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation. Durch diese Feststellung ermutigt, wurde Herr Kruse nun etwas kleinlauter. Er besprach auf unser Erfragen, die Namen der gewählten Delegierten an der Baubude auszuhängen, nur wollte er auch den unorganisierten Maurer Barges als Arbeitervertreter auf diesem Anschlag vermerken. Wir haben ihm erklärt, daß dieser nicht als Delegierter in Frage kommen könne.

Sobiel hat auch dieser Vorfall bewiesen, daß, wenn unsere Kollegen sich einmütig und geschlossen hinter die Organisationsleitung stellen, dann auch der rückständigste Arbeitgeber zur Ordnung gebracht werden kann. — Kollegen, sorgt nun dafür, daß künftighin auf eurer Baustelle auch Ordnung bleibt. eg.

### Aus dem Verbandsleben

**Berlin.** Die Verwaltungsstelle hielt am 24. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Weber sei folgendes hervorgehoben: Wir hatten im vergangenen Jahre im Durchschnitt eine gute Baukonjunktur. Auf Grund der Rationalisierungsbestrebungen wurden viele neu-

tuierende Betriebs- und Wohnungsverhältnisse erschweren einen geregelten Vertragsseinzug, so daß diese Form für den Anfang entschuldbar erscheint. Von da bis zur gelben Werkgemeinschaft ist aber nur ein Schritt, und mir ist in Seidenspinnereien bei Schanghai bereits ein Fall bekannt geworden, wo die chinesischen Spinnmädchen in den Streit traten, um die vom Unternehmer finanzierte und dabei völlig gelb gewordene eigene Gewerkschaft zur Auflösung zu bringen; ein schöner Beweis des Feingefühls für gewerkschaftliche Rechtllichkeit.

Johnstreiks sind in China in den letzten Jahren sehr häufig geführt worden, und daß das Verhalten nach höherem Einkommen der Arbeiter auf die größeren chinesischen Betriebe einen Druck zur Rationalisierung ausübt, ist schon heute zu spüren. Ich besprach mit dem chinesischen Leiter einer großen Spinnerei von 3000 Arbeitern die Frage einer künftigen Lohn-erhöhung etwa auf das Doppelte. Ja, sagte er, dann müssen wir eben mit weniger Leuten auskommen: es würde schon gehen. Heute beschäftigt eine Arbeiterin 100 oder je nach Garnstärke auch 200 Spindeln. Wir wissen aus eigenen Versuchen und aus anderen Berichten, daß man die Arbeiterinnen auch dazu bringen kann, 200 bzw. 400 Spindeln zu beschäftigen. In Japan sei man schon bei 500 bis 700 Spindeln angelangt. Einmal Eingeführtes zu ändern sei aber sehr schwer. Nur unter starkem Lohndruck oder aber beim Neubau einer weiteren Fabrik würde man einen solchen Versuch machen. Diese Bemerkung zeigt, daß die rein wirtschaftlichen Wirkungen des gewerkschaftlichen Lohnkampfes in China die gleiche produktionsstiefende Tendenz auslösen, die in der Gewerkschaftsgeschichte des Abendlandes bekannt ist. Sie werden vielleicht in einem künftigen wirtschaftlichen Aufstiege Chinas eine ähnliche Antreiberrolle spielen wie seinerzeit der kapitalistische Konkurrenzgeist in den alten Industrieländern oder wie heutzutage die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der vertrusteten, beamtenhaften und auf manchen Gebieten fast konkurrenzentwöhnten modernen Organisationswirtschaft.

Edmund Kleinmann

### Am 17. März 1928 ist der elfte Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

Umbauten in der Industrie vorgenommen. Soweit wir bis jetzt die Lage überschauen können, sieht es für dieses Jahr noch recht trostlos aus. Privatbauaufträge sind verhältnismäßig noch wenig erteilt. Werden nicht öffentliche Mittel in genügenden Mengen dem Bauplatz, insbesondere dem Wohnungsbau, zur Verfügung gestellt, dann läßt die Konjunktur im Berliner Baugewerbe in diesem Jahre viel zu wünschen übrig. Im vergangenen Jahr sind im Berliner Baugewerbe sechs Tarifverträge abgeschlossen worden, an denen unsere Organisation beteiligt ist. In bezug auf Mitgliederbewegung und Kassenverhältnisse hat unser Verband nennenswerte Fortschritte gemacht. Alles in allem können wir mit dem Erfolge zufrieden sein. Nun dürfen wir aber nicht erlahmen, sondern unsere Parole muß lauten: „Jetzt erst recht wollen wir mitarbeiten an der wirtschaftlichen Besserstellung der Berliner Bauarbeiter und an der weiteren Ausbreitung unseres christlichen Bauarbeiterverbandes in Groß-Berlin.“ Wenn jeder seinen ernsthaften Willen in die Tat umsetzt, dann kann auch die christliche Bauarbeitergewerkschaft mit Zuversicht der Zukunft entgegensehen.

Der Vorsitzende sprach hierauf dem Kollegen Weber für die geleistete Arbeit das volle Vertrauen aus, welches von den Mitgliedern bekräftigt wurde durch Erheben von den Plätzen.

Die Vorstandswahl brachte in der Mehrzahl den alten Vorstand wieder. Es wurden gewählt: Josef Christoph als 1. Vorsitzender, Alois Stürmer als 2. Vorsitzender, Ewald Weber als 1. Kassierer, Leo Baech als 2. Kassierer, Adalbert Mielert als 1. Schriftführer, Paul Bietich als 2. Schriftführer. Als Beisitzer wurden die Vorsitzenden der einzelnen Berufsgruppen bestimmt. Kassenrevisoren sind Paul Brunte, August Bruns, Paul Begoll.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende noch mit, daß der Berliner Puzer-Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt ist. Er bittet die Kollegen, dies zu beachten, da es hier und dort noch unorganisierte Firmen gibt, die Puzarbeiten ohne Beachtung der tariflichen Bedingungen zur Ausführung bringen.

**Berwaltungsstelle Contwig.** Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am 26. Februar in Contwig stattgefunden öffentliche Bauarbeiterversammlung, die von der Verwaltungsstellenleitung gut vorbereitet war. Eine besondere Note gewann diese Veranstaltung durch die Mitwirkung unseres Bezirksleiters Heinrich-Kurkrübe, der neben dem Sekretär Maurer-Saarbrücken zur Versammlung erschienen war. Die Versammlung wurde, wie immer, von Kollegen Franz Scharff mit großer Umsicht geleitet. Erreulicherweise hatten einige Kollegen auch ihre Frauen mitgebracht, die ebenso wie die übrigen Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrag unseres Bezirksleiters Heinrich-Kurkrübe referierte über den Kampf der deutschen Arbeiter um ihren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg. Seine ausgearbeiteten und tiefgründigen Ausführungen, die auf alle Anwesenden einen großen Eindruck machten, wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Sekretär Maurer besprach dann die organisatorischen Verhältnisse unseres Verbandes im allgemeinen und die lokalen Verbandsverhältnisse in Contwig im besonderen und richtete einen feurigen Appell an die anwesenden Frauen, ihren Männern im Kampf um die würdige Eingliederung des Arbeiters in die menschliche Gesellschaft und um einen ausreichenden Lohn zur Seite zu stehen und sich künftighin mehr als bisher für die unentbehrliche Berufsorganisation ihrer Männer zu interessieren. Im Anschluß an diesen Appell beantwortete Sekretär Maurer noch einige Fragen, die das Arbeitslosenberufungsgeleß betrafen.

Die Versammlung war bis zum Schluß von einer lebhaften Stimmung beherrscht. In der Diskussion nahm eine Reihe von Kollegen und kurz vor Schluß auch der Herr Bürgermeister das Wort. Letzterer forderte zum reiflichen Zusammenhalten auf. Mehrtraurig als erbauend war die Tatsache, daß unorganisierte Kollegen 20 Minuten lang eine Schimpfanrede auf die gegenwärtigen schlechten Verhältnisse von Stapel lassen konnten.

Im ganzen nahm die Veranstaltung einen glänzenden Verlauf. Es bleibt jetzt nur noch zu wünschen, daß unsere Contwiger Kollegen, die früher einmal zu unseren besten Sturmtruppen gehörten, nun dem gesprochenen Wort auch die lebendige Tat folgen lassen. An Werbemöglichkeiten fehlt es in Contwig wirklich nicht. Es wird nun Aufgabe der verantwortlichen Kollegen sein müssen, zu beweisen, daß man in Contwig auch heute noch nicht nur glänzende Diskussionsreden halten, sondern auch praktische Bauarbeit für die gewerkschaftliche Organisation leisten kann.

**Danzig.** Am 25. Februar fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Schwarz, der im abgelassenen Jahre verstorbenen sieben Kollegen. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß wir im abgelassenen Jahre keine wesentlichen Erfolge erzielt haben. Wohl war es möglich, den am 31. März 1927 abgelassenen Tarifvertrag für das Vertragsgebiet Danzig-Stadt mit den umliegenden Ortschaften auf zwei Jahre zu verlängern und den Lohnfuß für ein Jahr festzusetzen.

Die Behrungsfrage im Tarifvertrag zu regeln, stieß beim Arbeitgeberverband auf Widerstand und mußte das Tarifamt in dieser Angelegenheit entscheiden. Da das Tarifamt uns in einigen Punkten Recht gab, lehnte der Arbeitgeberverband den Schiedsspruch ab und erhob beim Landgericht Feststellungsfrage, die bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Im Lohngebiet Groß-Berber war es nicht möglich, einen Tarifvertrag zustande zu bringen, und mußten wir uns mit einem Lohnabkommen abfinden. Im Tarifgebiet Danzig-Höhe herrschte eine fast vollständige Arbeitsruhe. Die wenigen Arbeiten in diesem Gebiet wurden in fast allen Fällen von Unternehmern aus Polen ausgeführt, die sich ihre Arbeiter aus Polen mitbrachten, da dieselben für einen viel geringeren Lohn arbeiten als die Danziger Bauarbeiter, was natürlich zum Nachteil der Danziger Arbeitergewerkschaft geschieht. Soweit unsere Kollegen in diesem Lohngebiet Beschäftigung erhalten konnten, wurden die Unternehmer gezwungen, den für die Stadt Danzig abgeschlossenen Lohnvertrag anzuerkennen.

Des Weiteren war es möglich, den Tarifvertrag für Köstere und Schachtmeister, an dem wir beteiligt sind, um zwei Jahre zu verlängern und eine Lohn-erhöhung durch einen Schiedsspruch des Tarifamtes in Höhe von fünf Prozent zu erwirken. Zweckklärung der prinzipiellen Frage, ob der Maurer, wenn er Nebiarbeiten ausführt, den tariflichen Stufentlohn zu erhalten hat, mußte die Arbeit am Hotelneubau in Joppot niedergelegt werden. Die einwöchige Arbeitsruhe brachte uns den gewünschten Erfolg.

Die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe war im abgelassenen Jahre sehr unzureichend, so daß selbst im Hochsommer ein großer Teil unserer Kollegen erwerbslos war. Trotz dieses großen Beschäftigungsmangels hatte der Hohe Kommissar des Völkerbundes entschieden, daß beim Hafenausbau die Hälfte der dort beschäftigten Arbeitnehmer von Polen heringeschoben werden sollten. Dieser Entscheidung ist in letzter Zeit sogar der Präsident des Hafenausschusses, Herr de Goez, beigetreten, wodurch, wenn die Entscheidung Rechtskraft erhalten sollte, ein weiterer Teil der Danziger Arbeiter erwerbslos wird.

Die große Arbeitslosigkeit hat sich auch in finanzieller Hinsicht für die Verwaltungsstelle bemerkbar gemacht. Die Reineinnahme betrug nur 41303,66 Gulden. Die Sterbekasse hatte eine Einnahme von 1944,75 Gulden und eine Ausgabe von 1638,60 Gulden, sodaß ein Sterbekassenbestand von 336,16 Gulden verblieb.

Die von der Stadt Danzig in Aussicht genommene Neubauten lassen für dieses Jahr eine bessere Arbeitsgelegenheit erhoffen, wodurch uns dann auch die Möglichkeit geboten werden kann, eine Neuregelung unserer Stundenlöhne zu treffen. Im vorigen Jahr mußten wir auf Grund der schlechten Konjunktur auf eine Lohnzulage verzichten.

In den Verwaltungsstellenvorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender: Richard Schwarz, 2. Vorsitzender: Anton Müller, 1. Kassierer: Karl Formell, 2. Kassierer: August Bietich, 1. Schriftführer: Richard Krüger, 2. Schriftführer: Johannes Kreuz, Beisitzer: Wilhelm Dufski, Richard Stowitt, Johann Laichewski, Johann Günther, K. Wioren, Alois Trendel, Rudolf Petzke, Rudolf Kantel.

**Berwaltungsstelle Sagen (Weiß).** Das Jahr 1927 war für unser Verwaltungsstellengebiet ein Baujahr erster Ordnung. Gleichen Schritt mit der Konjunktur hielt die Mitgliederbewegung. Das Geiseln drohender Arbeitslosigkeit war von der Bauarbeitergewerkschaft genommen und damit das Feld für eine nachdrückliche agitatorische Tätigkeit frei geworden. An Eintrittsmarkten wurden 57 Stück abgesetzt. Die Uebertritte aus anderen Verbänden betragen 31. Dazu kommt noch der Beitritt von 33 jugendlichen Kollegen. Die Gesamteinnahme betrug 33 083 RM., d. i. gegenüber dem Jahre 1926 eine Erhöhung um rund 100 Prozent.

Einen sehr erfreulichen Aufschwung nahm die Zahl der jugendlichen Mitglieder, jedoch fehlt es auf diesem Gebiete noch an der verständnisvollen Mitarbeit der älteren Kollegen. Die Bedeutung einer starken Jugendbewegung wird leider noch allzu sehr verkannt, und doch liegt hier der Schlüssel für die zukünftige Entwicklung unseres Verbandes.

Das Baudelegiertenwesen liegt noch sehr darnieder. Dessen lückenlose Durchführung wird eine Hauptaufgabe in diesem Baujahr sein müssen. Nur dadurch, daß sich an jeder Baustelle ein Baudelegierter befindet, wird es uns gelingen, die künftigen Beitragszahler zur Pünktlichkeit zu erziehen. Auf Beachtung der Arbeiterschutzbestimmungen zu dringen, ist ebenfalls Aufgabe der Baudelegierten.

Im Berichtsjahr wurden 21 Versammlungen und 27 Vorstandssitzungen abgehalten. Leider läßt der Versammlungsbefuch zum Teil zu wünschen übrig. Vom Sekretariat gingen aus 311 Karten, 1161 Briefe und 54 Drucksachen.

Rechtschutz und Vertretungen auf dem Gebiete der sozialen Versicherungen nehmen einen immer größeren Umfang an. Lohnfragen am Gewerbe- bzw. Arbeitsgericht und an tariflichen Schlichtungsinstanzen wurden 97 durchgeführt und eine Lohnsumme in Höhe von 2124 RM. den davon betroffenen Kollegen übergestellt.

Das Jahr 1927 war ein Jahr des Fortschritts. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Erfolge nun zu festigen und tatkräftig weiter auszubauen.

J. Goluke

**Denney.** Am 1. Februar tagte unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Kollege Ker-genthal aus Remscheid gab einen Ueberblick über das abgelassene Jahr. Er berichtete über die Lohn-

Bewegung im Frühjahr 1927, freifte das Arbeitsgerichtsgezet und gab Auskunft über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die Ortsgruppe Lennep konnte auf ihre Erfolge stolz sein, habe sie doch die Mitgliederzahl verdoppelt. Es sei ein gutes Zeichen, wenn von 10 Mitgliedern 30 zur Generalversammlung erscheinen. Besonders hob Redner die Tätigkeit des Kassierers Kollegen W. Heinrichs, hervor, der mühselig gearbeitet und die Abrechnungen pünktlich eingeleitet habe. Kollege Mergenthal schloß seinen Bericht, indem er allen Kollegen für die Mitarbeit danke und neue Wege für die Arbeit der Zukunft wies. In den Vorstand wurden gewählt: Sebastian Göb als Vorsitzender, Walter Heinrichs als Kassierer, Reinhold Lächel als Schriftführer. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Göb und Lächel bestimmt. Weiter wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten.

**Feine.** Unterstützt durch die Tätigkeit des Kollegen Fütke-Braunschweig hat unsere Verwaltungsstelle in den letzten Monaten gute Fortschritte gemacht. Unsere kürzlich abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Nachdem der Kassierer Wilhelm Bormann die Abrechnung vom 1. Vierteljahr bekanntgegeben hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Sodann erfolgte die Vorstandswahl. Unser erster Vorsitzender der Kollege Albert Steinfke, der eigentliche Gründer unserer Verwaltungsstelle, der auch seit der Gründung derselben als erster Vorsitzender oder als erster Kassierer gewirkt hat, erklärte, von einer Wiederwahl Abstand nehmen zu müssen, da er doch nun zu alt geworden sei und jüngere Kräfte an die Spitze der Verwaltungsstelle gestellt werden müßten. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Kollege Karl Dienemann als 2. Vorsitzender Kollege August Fürtke, als 1. Kassierer Willi Bormann, als 2. Kassierer Gieseke, als 1. Schriftführer A. Effen, als 2. Schriftführer Herrn Aufh. Unter „Verschiedenes“ wurde insbesondere die Jugendfrage besprochen. Als Jugendführer wurden die Kollegen Effen und Aufh. gewählt. Zum Jugendführerkursus nach Hannover wurde der Kollege Aufh. bestimmt. Kollege Effen berichtete dann eingehend über den Jugendführertag in Hildesheim im Oktober vergangenen Jahres. Es wurde beschlossen, sofort mit der Gründung einer Jugendgruppe zu beginnen. Dem Kollegen Steinfke sei auch an dieser Stelle für seine langjährige treue Mitarbeit recht herzlich gedankt. Stets war er zur Stelle, kein Weg war ihm zu weit; gerade in der Umgebung Feines, in den ländlichen Orten, hat der Kollege Steinfke manchen Sonntag im Interesse des Verbandes gewirkt. Wenn die Verwaltungsstelle Feine in der Zeit ihres Bestehens so manche Stürme überstanden hat, dann verdanken wir das vorwiegend dem Kollegen Steinfke, der allerdings in unserem jetzigen Kassierer, dem Kollegen Willi Bormann, stets eine treue Stütze hatte. Unsere jungen Kollegen mögen sich an den Opfern der Alten ein Beispiel nehmen und bestrebt sein, diesen nachzukommen. Wenn das geschieht, wird unsere Verwaltungsstelle Feine sich in der Zukunft nicht nur behaupten, sondern glänzend weiterentwickeln.

**Gipser**

**Firmajens.** Von einem über Gebühr langen Winterurlaub sind nun auch unsere Kollegen aus dem Stund- und Gipsergewerbe in der Pfalz angewacht, nachdem sie über zwei Jahre geglaubt hatten, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne Gewerkschaften regeln zu können. Sie hatten aber ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht und müßten feststellen, was nicht anders zu erwarten war, daß ihre Löhne in ein immer ungünstigeres Verhältnis zu den Löhnen der übrigen Bauarbeiter kamen und ihr Einfluß auf das einzelne Arbeitsverhältnis sowie auf die Gestaltung ihrer Gesamtarbeitsverhältnisse immer mehr zusammenwuchs. Diese Erfahrungen hatten zur Folge, daß sich auch die Gipser wieder entschlossen, den so lange geschmähten Gewerkschaften erneut beizutreten und gemeinsam mit den übrigen organisierten Bauarbeitern um den Aufstieg der Arbeiterklasse zu kämpfen. Aus diesem Grunde fand am 26. Februar in Firmajens eine über Erwarten gut besuchte Gipserkonferenz statt, zu der die schon in Arbeit befindlichen Kollegen aus dem Gipserberufe trotz des verlockenden Wetters zahlreich erschienen waren. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Vorbereitungen für den Abschluß eines Tarifvertrages für das pfälzische Stund- und Gipsergewerbe.

Bezirksleiter Heinrich-Saarlstraße sprach über die Ziele der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, während Sekretär Rauer-Saarbrücken die Verhältnisse hinsichtlich des Abschlusses des Bezirksarbeitsvertrages für das Stund- und Gipsergewerbe erläuterte. Die Ausführungen der beiden Redner wurden mit lebhaftem Beifall quittiert. Die Diskussion war sehr lebhaft. Kollege Josef Lederhülger-Schopp leitete mit großem Geschick die Konferenz. Die Versammlung beschloß, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Gipser und Hilfsarbeiter im Gipsergewerbe Mitglied des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter geworden ist. In der (zwischen am 2. Februar in Neustadt a. S. Patzschanden) Zusammenkunft mit den Vertretern des Handwerksverbandes wurden die Kollegen Josef Lederhülger-Schopp und Adam Habelitz-Neuborn als Delegierte bestimmt. Unseren Kollegen aus dem Gipsergewerbe in der Pfalz darf das Zeugnis ausgesprochen werden, daß sie in der Zwischenzeit nicht müßig waren. Ihre fleißige Verboarbeit brachte beachtenswerte Erfolge. Trotzdem dürfen wir uns mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben. Inzwischen konnte unser Verband für eine Anzahl Gipser mehrere Klagen mit gutem Erfolg durchführen. Aus weiter auf dieser Bahn!

**Polier- und Schachtmeisterbewegung**

**Neumseid.** Am 25. Februar hielt unsere Reichsvereinigung ihre Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Im letzten Jahre wurden 12 Mitgliederversammlungen abgehalten. Der Besuch derselben kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden. In mehreren Versammlungen wurden Vorträge gehalten, und zwar über folgende Themen: Reichsarbeitsvertrag, Wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeitnehmer, Arbeitsgerichtsgezet, Arbeitslosenversicherung, Jugendbewegung, Krankenversicherung, Soziale Wahlen.

Am 3. Juli machten wir einen Familienausflug per Autobus nach dem Ausflugsort Altenberg. Die Beteiligung war sehr gut. Das Verhältnis zwischen Polier- und Schachtmeistergruppe und der Organisation am Orte ist ein sehr gutes. Der Geschäftsführer des Verbandes ist in jeder Polierversammlung anwesend.

In den Vorstand wurden gewählt: Wilhelm Wagner Vorsitzender (wiedergewählt), Johann Kabbachin Schriftführer (wiedergewählt), Emil Ortman Kassierer.

Es wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten. Die Kollegen, die unentschuldig in der Versammlung fehlen, sollen 1,- Mark in die Vergnügungskasse zahlen.

In den Versammlungen, die im Jahre 1928 stattfinden, soll hauptsächlich die soziale Gesetzgebung besprochen werden. In der Märzversammlung wird ein Vortrag über die Angelegenheiten der Versicherung gehalten werden.

**Sozialpolitik**

**Gewährung von Elternbeihilfe.** Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundeter wird uns mitgeteilt:

In der neuen Fassung des Reichsversorgungsgesetzes bestimmt § 15, Absatz 4, daß Elternbeihilfe auch gewährt werden kann, wenn die Voraussetzungen der Versorgung der Ernährer gegeben sind oder gegeben wäre, nicht voll erfüllt ist. Ob das der Fall ist, soll nach dem Gesamtbild des Einzelfalles beurteilt werden. Soweit eine Schätzung möglich ist, soll die Elternbeihilfe - Bedürftigkeit vorausgesetzt - nicht mehr verjagt werden, wenn der Versorgungsberechtigte ein Drittel der Kosten des Lebensunterhalts seiner bedürftigen Eltern tragen würde. Dies soll in der Regel ohne weiteres angenommen werden, wenn der Tod mehrerer Söhne auf die Folgen von Dienstbeschädigungen zurückzuführen ist, soweit es nicht möglich ist, die Ernährerfrage voll zu bejahen. Auch beim Verluste des einzigen Sohnes soll besonders wohlwollend verfahren werden. Anträge auf Grund dieser Bestimmungen sind bis spätestens zum 31. März beim zuständigen Versorgungsamt zu stellen.

**Soziale Rechtsprechung**

**Die Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung.** Eine Streitfrage war bislang die Auslegung des § 110 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die Wartezeit bestimmt. Von den einzelnen Arbeitsämtern werden die Bestimmungen dieses Paragraphen verschiedenartig ausgelegt. Der Streit drehte sich darum, ob der Tag der Arbeitslosmeldung als Wartezeit zu gelten habe. Die Mehrzahl der Arbeitsämter verneint dieses, an- auf Grund dessen hatten die Arbeitslosen statt drei vier Wartetage durchzumachen.

Zur Klärung dieser Frage hatte unser Verband im Auftrage einer Anzahl Meiler Bauarbeiter beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes Melle Einspruch erhoben, wurde aber mit keinem Vergehren abgewiesen. Gegen diese Entscheidung wurde seitens unseres Verbandes Berufung eingelegt bei der Spruchkammer des Landesarbeitsamtes Niederjahren. Im Verhandlungstermin am 6. Februar in Hannover unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrats Hagemann wurde unserer Auffassung über die Wartezeit recht gegeben und das Arbeitsamt Melle verurteilt, die für den Meldetag zu unrecht einbehaltenen Unterzahlungen an die Kläger nachzuzahlen.

Damit ist für den Bereich des Landesarbeitsamtes Niederjahren endlich Klarheit in dieser so viel unruhigsten Frage geschaffen.

**Von den Arbeitsstellen**

**Glöckel.** Praktische Rächeliebe übten die Kollegen der Firma Dr. Otto auf der Baustelle der Zentralhotelerie in Bottrop-Beheim. Der Kollege August Wulf von Stahle bei Holzwinden war unerwartet an doppelseitiger Lungenentzündung im hiesigen Krankenhaus gestorben. Er hinterläßt eine Frau und drei unmündige Kinder nebst einer alten Mutter und einer erwerbsunfähigen Schwester. Dieser tragische Todesfall veranlaßte seine Arbeitskollegen, eine Sammlung auf der Baustelle vorzunehmen. Diese ergab die schöne Summe von 23,90 M. Hierzu haben alle Kollegen, ganz gleich, ob in unserem Verband oder im Handwerksbund organisiert, beige-

tragen. Dieser schöne Opfergeist ist um so höher zu bewerten, als die meisten Kollegen dicht vor der Entlassung stehen. Namens der Hinterbliebenen sagen wir allen Kollegen für ihre Gabe an dieser Stelle ein herzliches „Bergelt's Gott!“

Zu diesem traurigen Todesfall müssen wir noch folgendes bemerken: Der Kollege Wulf war während seiner Heimreise im vorigen Jahre plötzlich krank geworden. Eine Lungenentzündung warf ihn mehrere Wochen auf das Krankenbett. Auf Drängen der Bottroper Ortskrankenkasse schrieb der behandelnde Arzt ihn gesund. Wulf war gezwungen, wieder in Bottrop-Beheim die Arbeit aufzunehmen. Nach einigen Wochen wurde er erneut krank und mußte ins hiesige Krankenhaus gebracht werden. Der ihn hier behandelnde Arzt erklärte den Hinterbliebenen gegenüber ausdrücklich, daß Wulf bei der ersten Krankheit zu früh aufgestanden sei, wodurch der Rückschlag und in weiterer Folge der Tod herbeigeführt wurde.

Einig.

**Sterbetafel**

Am 16. Februar starb infolge einer Lungenentzündung unser treuer Kollege **Josef Spiek** (Maurer) im Alter von 59 Jahren. Er war Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied der Verwaltungsstelle Braunschweig. Wir verlieren mit ihm einen tüchtigen Mitarbeiter, dessen wir uns allezeit dankbar erinnern werden. Verwaltungsstelle Braunschweig.

Am 24. Februar starb plötzlich unser Kollege **Kornelius Gerritz** an Blinddarmentzündung im Alter von 28 Jahren. Er gehörte seit zehn Jahren dem Vorstände an und war immer als Vertrauensmann tätig. Ortsgruppe Borbeck.

Am 26. Februar starb unser treuer Kollege **Willi Heber** im Alter von 22 Jahren an Blinddarmentzündung. Wir verlieren in ihm einen jungen und tüchtigen Mitarbeiter. Verwaltungsstelle Wiedelah.

Am 1. März starb unser treues Mitglied **August Wulf** aus Stahle an Lungenentzündung. Er war das Muster eines Vertrauensmannes. Verwaltungsstelle Glöckel.

Am 3. März starb unser lieber Kollege **Eudwig Vermppohl** (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Lungenentzündung. Verwaltungsstelle Gütersloh.

Ehre ihrem Andenken!

**Deutscher Versicherungs-Konzern**

Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelfstraße 15a

Die Mitglieder unseres Verbandes versichern ihr Leben oder ein Sterbegeld bei der **Deutschen Lebens-Versicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft**, ihre Möbel und ihren Hausrat bei der **Deutschen Feuer-Versicherung Akt.-Ges.**, dort sich selbst auch gegen Unfall, Einbruchdiebstahl und Haftpflicht. Billige Tarife / Kulante Schadensbehandlung / Größte Sicherheit

Überall Mitarbeiter gesucht!

**„Aufbau“**

Genossenschaftliche Bauunternehmung, e. G. m. b. H. Essen.

Einladung zu unserer am Sonntag, dem 1. April 1928, vormittags 10 Uhr, im Katholischen Gesellenhaus, Steelerstr. 35, stattfindenden Generalversammlung.

**Tagesordnung:**

1. Geschäfts- und Kassenbericht,
2. Bericht der Rechnungsprüfer,
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes,
4. Neuwahl des Vorstandes und Ergänzungswahl des Aufsichtsrats,
5. Anträge,
6. Verschiedenes.

Unsere Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat: gez. Schneiders, Vorsitzender.